

# IHK Gera für Fortführung der Zinsbeihilfen

## Seit Jahresanfang keine Bewilligung von Anträgen auf Zinszuschüsse

**Gera (OTZ).** Die Industrie- und Handelskammer Ostthüringen (IHK) in Gera hat sich für eine Fortführung der Zinsbeihilfen für Straßenausbau, Wasser und Abwasser durch den Freistaat Thüringen ausgesprochen und die Landesregierung aufgefordert, die Zuschüsse auch über 2009 hinaus beizubehalten.

Bisher konnten Unternehmen und Grundstückseigentümer die Stundung von Beiträgen für Straßenausbau, Wasser und Abwasser nutzen, weil die Landesregierung die Zinsen (bis zu sechs Prozent) übernahm. Seit Anfang des Jahres werden laut IHK jedoch keine Anträge auf diese „Zinsbeihilfe“ mehr bewilligt. „Das ist nicht hinnehmbar! Der Zinszuschuss ist weiter nötig, solange

die Gesetzeslage Beiträge zulässt, die Firmen und Bürger an die Grenzen ihrer finanziellen

IHK-Chef deshalb eine schnelle Entscheidung für die Fortführung der Zinszuschüsse.

### Hintergrund

• Wer Wasser und Abwasserbeiträge oder Straßenausbaubeiträge stunden lassen will, muss Zinsen zahlen. Damit diese nicht zur zusätzlichen Last werden, gibt es Zinsbeihilfen vom Freistaat – je nach Situation bis zu sechs Prozent, bezogen auf die jeweilige Restschuld. Antragsteller sind die Zweckverbände und Gemeinden. Viele von ihnen nutzen die

se Möglichkeit im Interesse der Grundstückseigentümer.

• Grundsätzlich ist die entsprechende Richtlinie noch bis Ende 2009 gültig. Bereits im Mai 2006 beschloss das Thüringer Kabinett jedoch, dass ab 2008 neu eingehende Anträge nicht mehr bewilligt werden. Jetzt will das Kabinett die Fortsetzung dieses Beihilfeprogramms prüfen.

Belastbarkeit bringen“, kritisierte Peter Höhne, Hauptgeschäftsführer der IHK Ostthüringen zu Gera. An die Landesregierung gewandt, fordert der

Die Zinsbeihilfen sind aus Sicht der Industrie- und Handelskammer allerdings keine endgültige Lösung, wie die bisherigen Erfahrungen bei Was-

ser- und Abwasserbeiträgen gezeigt haben. Sie wirken nach Ansicht des IHK-Chefs allenfalls wie ein Schmerzmittel. Sie lindern die Folgen, aber beseitigen nicht die Ursachen, sagte Höhne in Gera.

„Schlanke Strukturen, transparente Satzungen und kostenorientierte Arbeitsweise müssen die Zweckverbände auszeichnen“, wiederholte er eine alte Forderung der Ostthüringer Wirtschaft an die Landes- und kommunale Politik. Wasser- und Abwasserkosten seien ein äußerst wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Würden diese Kosten endlich auf das wirklich notwendige Maß reduziert, seien auch Zinsbeihilfen an Beitragszahler in der Zukunft nicht mehr nötig, ist sich Höhne sicher.